Abend-Ausgabe

75. Jahrgang. Nr. 426

Donnerstag, 10. September 1931

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 941
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.40 Mk. (einschließlich 80 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.40 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 90 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1058 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Große Rede Lord Cecils in Genf

England stimmt Grandis Rüstungsfeierjahr zu

Genf, 10. Sept. Im Mittelpunkte der heutigen Sitzung der Völkerbundsversammlung stand eine Rede des englischen Hauptdelegierten Lord Robert Cecil. Es handelt sich im Augenblick, erklärte er, um die Grundprinzipien des Völkerbundes überhaupt. Es ist notwendig, daß die Weltöffentlichkeit die Gewißheit eines dauernden Friedens hat. Es ergeben sich Besorgnisse aus der Weltwirtschaftskrise, die seit zwei Jahren, und der akuten Finanzkrise, die mit der Gefahr einer unmittelbaren Katastrophe seit drei Monaten herrscht. Es kommt alles darauf an, das internationale Kapital dazu zu veranlassen, die Lücken der Zahlungsbilanz auszufüllen; andernfalls werden in Europa und in Uebersee immer neue Schwierigkeiten mit der Notwendigkeit von Zahlungseinstellungen und Moratorien auftreten.

Lord Cecil verwies auf Deutschland, das im Mittelpunkte der gegenwärtigen Krise stehe,

und betonte, daß die Zahlungen Deutschlands so geregelt werden müßten, daß sie Deutschlands finanzielle Stabilität nicht gefährden. Er wisse nicht, ob die Revision der durch die Friedensverträge geschaffenen Lage den Frieden fördern würde. Dagegen würde die Weiterbetreibung der Abrüstung mehr als irgend etwas anderes das Vertrauen fördern und die Gerechtigkeit als Schiedsrichter der internationalen Streitigkeiten einsetzen. Das sei eine dringende, sehr dringende Angelegenheit. Er wolle auf ein Symptom hinweisen: In letzter Zeit hätten in verschiedenen Ländern — er möge kein Land nennen und auch keinem Lande eine besondere Schuld geben — Luftmanöver zur Ausbildung und Vervollkommnung dieser Waffe, die eine ausgesprochene Angriffswaffe sei, stattgefunden. Dabei habe sich wieder einmal ergeben, daß der Besitz von Luftstreitkräften kein Schutz gegen die Luftstreitkräfte des Gegners sei. Die Wirkung der Luftwaffe bestehe in der Zerstörung größerer Städte, das heißt in der Vernichtung einer unübersehbaren Anzahl von Menschenleben und der wichtigsten Zentren des nationalen Reichtums. Welch eine Sicherheit sei das für den internationalen Kapitalmarkt? Das gleiche gelte für die Land- und Seerüstung. Deshalb begrüße er die freundlichen Worte, die bisher in der Völkerbundsversammlung der bevorstehenden Abrüstungskonferenz gewidmet worden seien.

„Keine Regierung, am wenigsten die meinige", so betonte der Vertreter Englands, „würde irgendeinen Vorschlag zur Verschiebung der Konferenz dulden."

Lord Cecil nahm dann ausführlich Bezug auf die Rede Grandis, die eine mustergültige Befürwortung des Friedens durch die Abrüstung darstelle. Die Rede enthalte eine überaus interessante Anregung über die Einstellung der Rüstungsvermehrungen während der Dauer der Abrüstungskonferenz. Der Vorschlag Grandis sei ein großartiger Auftakt zur Abrüstungskonferenz und werde hoffentlich im 3. Ausschuß der Völkerbundsversammlung konkrete Gestalt annehmen.

Der englische Vertreter werde ihm seine begeisterte Unterstützung leihen in der ernstlichen Hoffnung eines praktischen Ergebnisses.

Die Abrüstungskonferenz, fuhr Lord Cecil fort, muß Erfolg haben. Sie muß zu einer wesentlichen Herabsetzung der Rüstungen führen. Wenn wir allgemein nur darauf bedacht sind, wie unser Land möglichst leichten Kaufes davon kommt, dann kann nichts erreicht werden. Die Krise drängt zu entscheidendem Handeln. Ich sehe vor mir die Vertreter zweier hochangesehener Nationen, die auf ihrem Gebiet in der Kultur führend sind. Wenn eine wirkliche Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur in Worten, sondern durch die Tat erfolgen könnte, so wären 75 Prozent der politischen Unruhe aus der Welt beseitigt. Es ist behauptet worden, daß England diese deutsch-französische Annäherung im Grunde seines Herzens nicht wünsche, weil es durch die Entzweiung der beiden kontinentalen Mächte einen um so größeren Einfluß im Rate der Nationen habe. Das ist eine grobe skandalöse Beleidigung Englands. Die gegenwärtige und jede zukünftige Regierung werden ihr Aeußerstes tun, um eine wirkliche und sichtbare Freundschaft zwischen den beiden Ländern herbeizuführen. Der Geist von Locarno ist, wenigstens soweit England in Betracht kommt, noch vorhanden.

Die Durchführung des Stillhalteabkommens

Berlin, 10. Sept. Nachdem die Reichsbank, die Deutsche Golddiskontobank und das deutsche Bankenkomitee das Stillhalteabkommen unterzeichnet haben, kann damit gerechnet werden, daß es in einigen Tagen in Kraft tritt. Die Reichsregierung ist durch eine Verordnung des Reichspräsidenten ermächtigt worden, die Maßnahmen zu treffen, um die Durchführung des Abkommens sicherzustellen. In dieser Verordnung wird auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung bestimmt,

daß die Reichsregierung zu den Maßnahmen ermächtigt ist, die erforderlich sind, die Durchführung des unter Mitwirkung der Reichsbank von inländischen Schuldnern und ausländischen Bankgläubigern getroffenen Stillhalteabkommens sicherzustellen.

Die Reichsregierung kann Ausnahmen von der Verpflichtung zur Entrichtung der Wechselsteuer oder einer Landesstempelsteuer zulassen. Ansprüche auf Entschädigung entstehen aus den Maßnahmen der Reichsregierung nicht.

Die Verordnung ist am 9. September 1931 in Kraft getreten.

In einer Ergänzungsverordnung hierzu wird u. a. bestimmt: Bis das unter Mitwirkung der Reichsbank von inländischen Schuldnern und ausländischen Bankgläubigern getroffene Stillhalteabkommen rechtswirksam wird, darf einer ausländischen Bank von einem Schuldner, der seinen Wohnsitz, Sitz oder Ort der Leitung im Deutschen Reich (mit Ausnahme des Saargebietes) hat, eine

Sicherheit nur mit Zustimmung der Reichsbank

bestellt werden. Eine ohne Zustimmung der Reichsbank vorgenommene Bestellung einer Sicherheit ist nichtig.

Um den zweiten Minister in Braunschweig

Braunschweig, 10. Sept. Das Staatsministerium hat auf Grund des § 2 der Verordnung vom 3. September über die Führung der Geschäfte des Staatsministeriums durch einen Minister den Ministerialrat Dr. Kiesel widerruflich zur vertretungsweisen Führung der Geschäfte des Ministers bestellt. Ministerialrat Kiesel zeichnet „in Vertretung". Ferner hat das Staatsministerium die Ministerialräte Dr.-Ing. e. h. Albrecht und v. Hantelmann zu Mitgliedern des Ministerialausschusses ernannt.

Zur Frage des zweiten Ministers hat die Deutschnationale Volkspartei dahingehend Stellung genommen, daß sie es aus Sparsamkeitsrücksichten begrüßt haben würde, wenn die Nationalsozialisten auf die Stellung eines zweiten Ministers verzichtet hätten, zumal auch rein praktisch betrachtet die Führung der Regierungsgeschäfte durch einen Minister durchaus möglich sei. Die Deutschnationale Volkspartei sei aber keineswegs grundsätzlich gegen die Neuwahl eines nationalsozialistischen Ministers.

Kommunistenverhaftungen in Schneidemühl

Schneidemühl, 10. September. Am Donnerstag früh fand bei einer größeren Anzahl von Anhängern linksradikaler Organisationen eine planmäßige Durchsuchung nach Waffen und verbotenem Flugschriftenmaterial statt. Der Polizei waren in letzter Zeit nicht nur Terrorakte nach Berliner Muster angedroht, sondern auch durchaus glaubwürdige Mitteilungen über unbefugten Waffen- und Munitionsbesitz sowie über den Vertrieb illegaler Druckschriften gemacht worden. Soweit bis jetzt bekannt, wurden mehrere Schußwaffen nebst Munition, eine Anzahl Dolche, Schlagringe, Totschläger und Gummiknüppel sowie eine erhebliche Menge illegaler Druckschriften gefunden. Festgenommen wurden bisher vier Personen, die sämtlich Mitglieder des „Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands" sind.

Ein großer Baumwollverkaufsplan Hoovers

Washington, 10. Sept. Präsident Hoover arbeitet zusammen mit dem Bundesreserveamt und dem Farmamt einen großangelegten Baumwollverkaufsplan aus, der insbesondere den deutschen, französischen und polnischen Verhältnissen angepaßt sein soll. Wie „New York Herald Tribune" erklärt, hofft Hoover, den drei Ländern eine Million Ballen Baumwolle auf der Grundlage eines Kredits von sechs oder neun Monaten verkaufen zu können. Die Kredite müßten sichergestellt werden, so daß die Bundesreservebank die Diskontierung übernehmen könnte. Die Transaktion soll den Charakter eines reinen Privatgeschäfts tragen, weshalb auch die weitestgehende Heranziehung der Privatbanken geplant sei.

Englisches Einfuhrverbot für Luxuswaren?

London, 10. Sept. Der „Daily Expreß" teilt mit, daß der liberale Abgeordnete Walter Runciman bei der Aussprache über den Haushalt vorschlagen werde, die Einfuhr aller Luxuswaren zu verbieten. Er habe dieserhalb bereits mit einer Reihe von politischen Führern Fühlung genommen. Runciman hatte eine ähnliche Maßnahme schon im Kriege für Juwelierwaren, Kraftwagen, Musikinstrumente usw. durchbringen können. Nach seiner Schätzung würde durch ein derartiges Verbot die Gesamteinfuhr um 400 Millionen Mark vermindert werden können.

Französische Wirtschaftsverständigungswünsche

Das Programm des Laval-Besuches

Genf, 10. Sept. **Staatssekretär von Bülow verläßt heute vormittag Genf, um nach Berlin zurückzukehren. Während der 48stündigen Anwesenheit des Staatssekretärs hat keinerlei Zusammenkunft zwischen ihm und französischen Ministern stattgefunden. Der Genfer Besuch des Staatssekretärs hat, wie von deutscher zuständiger Seite heute erneut festgestellt wird, ausschließlich internen Besprechungen über die Vorbereitung des Berliner Besuches der französischer Minister gegolten. Bülow wird, wie betont wird, dem Reichskanzler die Wünsche und Anregungen des Reichsaußenministers für den Berliner Besuch der Franzosen übermitteln.**

Der neue französische Botschafter in Berlin, François Poncet, hat sich nach Paris zurückbegeben, um dort gemeinsam mit Laval die Vorbereitungen für den Berliner Besuch zu treffen.

In französischen Kreisen wird ausdrücklich geltend gemacht, daß Briand an den zur Zeit geführten vorbereitenden Verhandlungen keinerlei Anteil nimmt. Das Programm der Berliner Besprechungen zwischen den deutschen und französischen Ministern wird entgegen dem in der französischen Presse entwickelten Programm

hauptsächlich die Einsetzung eines deutsch-französischen wirtschaftlichen Verständigungsausschusses

zum Gegenstand haben. Es besteht bereits der seit längerer Zeit erörterte Plan, sowohl auf deutscher wie auf französischer Seite je einen Ausschuß wirtschaftlicher Sachverständiger einzusetzen, die dann gemeinsam die Fragen einer Angleichung der deutschen und französischen Wirtschaftsinteressen prüfen sollen. An der Spitze des französischen Wirtschaftsausschusses soll der bekannte Industrielle Fouchère stehen, der in diesen Tagen dem deutschen Außenminister einen Besuch abstatten wird. Die Bildung des deutschen Wirtschaftsausschusses ist zur Zeit noch in Vorbereitung.

Ob während des Berliner Besuches auch die Saarfrage und darüber hinaus allgemeine außenpolitische Fragen erörtert werden, wird als noch nicht entschieden erklärt.

An dem bisherigen Zeitpunkt für den Franzosenbesuch, 26. und 27. September, wird ebenso wie an Berlin als Treffpunkt festgehalten. Von deutscher zuständiger Seite wird nachdrücklich betont, daß eine Verlegung des Besuches nach Baden-Baden bisher überhaupt nicht erörtert worden sei.

Laval wird kühl empfangen werden

Paris, 10. September. Der Berliner Havas-Berichterstatter erklärt im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Berliner Besuch der französischen Minister, daß die Verärgerung, die in gewissen deutschen Kreisen durch den Verzicht auf das deutsch-österreichische Zollabkommen entstanden sei, bis zu dem für den Besuch vorgesehenen Zeitpunkt beigelegt sein werde. In deutschen Regierungskreisen mache man sich über die angeblichen feindlichen Kundgebungen gegen die französischen Minister keinerlei Sorge und sei davon überzeugt, daß der Empfang, den die große Mehrheit der Berliner Bürger Laval und Briand bereiten werde, demjenigen Brünings und Curtius' in Paris in nichts nachstehen werde. — Pertinax geht im „Echo de Paris" ebenfalls noch einmal auf den Besuch ein und betont, daß Reichskanzler Brüning den französischen Ministerpräsidenten gelegentlich seines Pariser Besuches bereits darauf aufmerksam gemacht habe, daß der Empfang in Berlin voraussichtlich sehr kühl sein werde.

Kein Sofortkredit für Oesterreich

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 10. Sept. Eine bezeichnende Illustration für die Art und Weise, wie Frankreich selbst mit Staaten, die sich ihm unterwerfen, umzugehen pflegt, kann man einer Havasmeldung aus Genf entnehmen, in der festgestellt wird, daß entgegen den veröffentlichten Nachrichten es nicht richtig sei, daß Oesterreich sofort ein neuer Kredit eröffnet werde. Jeder zusätzliche Kredit an Oesterreich hänge von dem Ergebnis der Enquete ab, die demnächst an Ort und Stelle unter Leitung des stellvertretenden Generalsekretärs des Völkerbundes, Avenol, über die österreichischen Finanzen stattfinden werde. Der Havasvertreter unterstreicht, zu der Erklärung autorisiert zu sein, daß der französische Finanzminister im Laufe der gegenwärtigen Völkerbundstagung keine Kreditverpflichtungen gegenüber irgendeinem Staat übernommen habe.

Deutscher Antrag zur Minderheitenfrage

Genf, 10. Sept. Der Präsident Titulescu teilte am Schluß der heutigen Völkerbundssitzung mit, die deutsche Regierung habe den Antrag eingebracht, daß, wie im Vorjahre, der Teil des Berichtes des Generalsekretärs, der sich auf die Behandlung der Minderheitenfragen bezieht, der politischen Kommission zur eingehenden Prüfung und Behandlung überwiesen werde. Auf diese Weise wolle die deutsche Regierung erreichen, daß das Interesse der Völkerbundsversammlung an den Minderheitenfragen wachgehalten werde.